

ANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: „**Strompreis-Entlastung für Niederösterreich schaffen anstatt EVN-Sonderdividende ausschütten**“

Energie trägt gerade massiv zur hohen Inflation in Österreich bei - und das, obwohl die Strompreisbremse, die gesunkenen Gaspreise und der "blau-gelbe Strompreisrabatt" eigentlich die Lage in Österreich und Niederösterreich entspannen sollte. Die Inflation in Österreich im europäischen Vergleich ist sehr hoch und sinkt sehr langsam - auch weil sie durch Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung weiter befeuert wird. In den Niederlanden etwa ist die Inflationsrate derzeit nur halb so hoch wie in Österreich, nachdem sie im Vorjahr noch deutlich höher war.

In keinem anderen Euro-Land sind die Strom-, Gas- und Fernwärmepreise für Konsumenten in den vergangenen 12 Monaten stärker gestiegen als in Österreich. In vielen Ländern Europas werden die gesunkenen Großhandelspreise bereits weitergegeben, in Österreich jedoch noch nicht.

Dies ist in erster Linie ein Regierungsversagen, denn die öffentliche Hand ist maßgeblich an allen relevanten Playern beteiligt. So hält in Niederösterreich das Land über die NÖ Landesbeteiligungs-Holding GmbH mit einem Anteil von 51% die Mehrheit an der EVN AG, die Wiener Stadtwerke GmbH halten weitere 28,4%. Die öffentliche Hand ist also zu fast 80% an der EVN AG beteiligt.

Nun hat die EVN am 15.5.2023 angekündigt, dass Aktionäre zusätzlich zur bereits bezahlten Basisdividende von 52 Cent eine Sonderdividende von 62 Cent pro Aktie erhalten sollen. Die Sonderausschüttung betrage ca. 111 Mio. Euro.

Diese Sonderdividende wird ihrerseits aus der Rekord-Dividende von 3,60 Euro pro Aktie (Vorjahr: 1,05 Euro) gespeist, die die Verbund AG heuer ausgeschüttet hat - unter anderem an die EVN, die rund 12,6% an der Verbund AG hält.

Diese Rekord-Dividende ist ausschließlich aus Marktverwerfungen entstanden - auf Kosten von Verbraucher:innen und der Wirtschaft. Dieses Geld sollte nicht dazu genutzt werden, die schwarzen Löcher des niederösterreichischen Budgets zu stopfen, sondern um die Strompreise der Kund:innen umgehend wieder auf ein marktgerechtes Niveau zu senken und gleichzeitig massiv in den Netzausbau in Niederösterreich zu investieren, um den Ausbau erneuerbarer Energie vorantreiben zu können.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung, insbesondere der Landeshauptfrau-Stellvertreter für Energie, Wissenschaft und Landwirtschaft Dr. Stephan Pernkopf, wird aufgefordert, ihre Verantwortung als Mehrheitseigentümerin der EVN wahrzunehmen und die Zustimmung zu den Plänen der EVN AG, eine Sonderdividende auszuschütten, zu verweigern. Zudem hat der Vorstand der EVN AG dem Aufsichtsrat eine Strategie vorzulegen, die eine rasche Senkung

der Strompreise für Konsumenten und Unternehmen vorsieht, und in der die Mittel aus der Verbund-Dividende dazu verwendet werden, das Kerngeschäft der EVN AG zu stärken und zukunftsgerichtet in den Ausbau von Netzen und erneuerbarer Energie zu investieren."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.